

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 5/12

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,

45468 Mülheim

Tel. 0208 - 3899810

Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

MBI-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 13. Mai 2012

Die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW ist Mitte März überraschend gescheitert. Nun gibt es am 13. Mai Neuwahlen. Ob die Neuwahl einem nun gefällt oder nicht, man/frau sollte zumindest allen Parteien, die gewählt werden wollen, Fragen als Wahlprüfsteine vorlegen, die zumeist in ihren Werbespots nicht vorkommen. Die Positionen zu kennen mag bei der Wahlentscheidung helfen und man kann die Parteien später an ihre Versprechen erinnern. Deshalb auf den folgenden 4 Seite ein MBI-Fragenkatalog zu 10 ausgewählten Problemstellungen an:



Für die Wiederbelebung der kommunalen Demokratie, für mehr Transparenz und (Wieder-)Ausweitung der Bürgerrechte!

Rückgrat jeder Demokratie ist ihr Funktionieren vor Ort, in den Kommunen, weil nur dort von den Menschen direkt erlebbar. Leider hat sich im letzten Jahrzehnt auch die kommunale Demokratie von den Menschen wegbewegt und über deren Köpfen entschieden. Das liegt auch daran, dass im Zuge des Zeitgeistes mit Deregulierung und Privatisierung und dem fast wahnhaften Versuch, Städte wie Konzerne umzugestalten, Bundes-, aber auch Landesgesetze die Aushöhlung der Demokratie vor Ort ermöglichten oder sogar wollten!

Etliche Fehlentwicklungen vor Ort wären noch Mitte der 90iger Jahre schwer möglich gewesen.

In diversen Städten hat es ehrgeizige, überdimensionierte Prestigeprojekte gegeben mit teilweise verheerenden Folgen noch für spätere Generationen und einem erschreckenden Maß an Mausehelei, Korruption und Geldverschwendung, ob beim U-Bahn-Bau in Köln, dem World-Trade-Center Bonn, dem Rathaus in Moers, dem U-Projekt in Dortmund, Landesarchiv und Küppersmühle in Duisburg, Ruhrbania in Mülheim und, und, und..

I) Zu Landtagsdiäten, Pensionsregelungen für ex-Dezernenten u.ä.

- ◆ Wie stehen Sie zur kürzlichen Diätenerhöhung des Landtags? Werden Sie diese rückgängig machen?
- ◆ Wird Ihre Partei auch die Pensionszahlungen u.a. für ex-Dezernenten in Kommunen dem Rest der bundesdeutschen Rentenpolitik angleichen? Wenn ja, wie?

II) Zu Abschaffung RP Düsseldorf und Schaffung eines RP Ruhr

2005 wollte die CDU aus 5 Regierungsbezirken 3 machen mit einem RP Ruhrgebiet, was auch im Koalitionspapier festgeschrieben wurde, aber nichts passierte. Für Rot-Grün war das kein Thema mehr.

- Wird Ihre Partei eine grundlegende Verwaltungsreform für NRW auf Ihre Agenda erheben? Wenn ja, mit welchen Zielen? Abschaffung aller Mittelbehörden oder nur der RP's oder Reduzierung der Regierungsbezirke auf 3, wie die CDU es 2005 versprochen hatte?

III) Themenkomplex Inklusion im Bildungsbereich

Wie genau Konzepte für Inklusion aussehen können, ist unklar und bis heute auch in NRW mehr als vage.

- Wollen Sie Förderschulen für mehr Inklusion abschaffen? Ganz, teilweise oder überhaupt nicht?
- Welchen Stellenwert soll bei verstärkter Inklusion der Elternwille behinderter Kinder haben?

IV Zu Mono- statt Doppelspitze in den NRW-Kommunen und den Auswirkungen

Seit 1999 gibt es die Monospitze, mit durchaus bedenkenswerten und nicht nur positiven Folgen im Vergleich zu der Doppelspitze vorher. Die Stellung der OB's gegenüber den Stadt- oder Gemeinderäten wurde erheblich verstärkt und damit auch das Kräfteverhältnis zwischen Verwaltung (Bürokratie) und gewählten Volksvertreter/innen (Demokratie), denn im Normalfall ist ein/e OB als Monospitze zuallererst Verwaltungsspitze. Diese Monospitze untersteht als solche auch keiner Aufsicht mehr, wie bei Frau Mühlenfeld das Beispiel Abführung der Aufsichtsratsgelder oder die Fälle Sauerland, Langemeyer u. v. a. gezeigt haben. Die verlängerte Amtszeit bei Neuwahlen und die von der Kommunalwahl abgekoppelte OB-Wahl mit verlängerter Amtszeit haben den fast autokratischen Möglichkeiten der OB's noch mehr Züge von Sonnenkönig/innen verliehen, die Demokratie vor Ort aber wurde insgesamt deutlich entwertet und ausgehöhlt. Deshalb erbitten wir Sie um die Stellungnahme Ihrer Partei zur Frage Mono- oder Doppelspitze, insbesondere zu folgenden Fragen:

- Werden Sie die Frage Mono- oder Doppelspitze in naher Zukunft überhaupt thematisieren?**
 Wenn Sie nicht zur Doppelspitze zurückkehren wollen, was gedenken Sie zu tun, um die Machtposition der OB's zu begrenzen oder wenigstens kontrollierbarer zu machen?

Es bedurfte längerer, in Mülheim recht scharfer Auseinandersetzungen, beim Neusser OB auch vor Gerichten, bis die NRW-Oberbürgermeister akzeptieren mussten, dass die teils üppigen Nebeneinkünfte aus Aufsichtsratsantienmen bis auf 6000 • abzuführen sind, allerdings mit einer Ausnahme, den Vergütungen der Sparkassen. Das brachte z.B. dem Düsseldorfer OB in 2010 41.000 • zusätzliche Privateinkünfte ein. Auch ist es nur unter schwierigsten Umständen kontrollierbar, ob der oder die OB korrekt an die Stadtkasse abführt. Wenn z.B. der Dortmunder OB in 2010 von 107.000 • Nebeneinkünften ca. 65.000 • abführt, bei nur 4000 • von der Sparkasse, so ist nicht nachzuvollziehen, woher die 42.700 Euro kommen, die OB Sierau laut WAZ „in vielfältiger Weise für kulturelle und soziale Zwecke“ verwendet. Da laut Auskunft des RP kein RP oder Minister dies prüfen kann oder darf, besteht Regelungsbedarf, den es bei der Doppelspitze früher nicht gab!

- ◆ **Wird Ihre Partei das NRW-Sparkassengesetz ändern wollen, um die o.g. Sonderbehandlung der Sparkassengelder für OB's abzuschaffen?**
 ◆ **Werden Sie die Überprüfbarkeit der OB-Nebeneinkünfte und deren korrekter Abführung in Zukunft überprüfbar und transparenter regeln wollen? Wenn ja, wie?**

V) Zu Bürgerrechten und der Verwaltungsgerichtsbarkeit

a) zur Abschaffung des Widerspruchsrechtes für die Bürger:

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat 2007 das Widerspruchsrecht der Bürger weitgehendst abgeschafft unter dem irreführenden Begriff „Bürokratieabbau“. In der Realität handelt es sich um weniger Bürgerrechte und weitere Stärkung der Bürokratie! In Mülheim z.B. führten im letzten Jahr des Widerspruchsrechts 3500 von ca. 5000 Widersprüchen zu Korrekturen der Bescheide! Im Alltag verweisen heute die Ämter bei Beschwerden nur noch auf den Rechtsweg, deren Kosten und Risiken.

- **Werden Sie diesen gravierenden Fehler als eine der ersten Maßnahmen korrigieren?**

b) zur Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Ermöglichung von Sammelklagen

Gehen Bürger dann vor das Verwaltungsgericht, müssen sie immer Vorkosten zahlen, die mitunter sogar über den angefochtenen Beträgen liegen. Bei Klagen zur gleichen Sache, etwa bei Anliegerbeiträgen oder überhöhten Gebühren, muss jede/r einzeln klagen und wegen angeblichem Datenschutz erfährt er nicht einmal, wer noch Kläger ist. Mitunter hunderte paralleler Verfahren mit den gleichen Papieren, verschiedenen Gerichtsterminen zur gleichen Sache usw. sind die Folge, alles gedacht zur Abschreckung der Bürger von Klagen.

Bekommt ein Bürger recht, weil die Kommune z.B. gesetzeswidrig Gebühren verlangte, erhalten nur die Kläger ihr Geld zurück, bei allen anderen ist der Gesetzesbruch durch Nichteinreichung einer Klage „legalisiert“. Das alles fördert nicht gerade das Vertrauen in den Rechtsstaat, im Gegenteil.

- **Werden Sie im Sinne der Bürger die gesamte Verwaltungsgerichtsbarkeit reformieren?**
Wenn ja, welche Maßnahmen wird Ihre Partei in Angriff nehmen?
 • **Werden Sie insbesondere Sammelklagen in Zukunft auch in NRW ermöglichen bzw. im Bundesrat entsprechende Initiativen einbringen, um auch in Deutschland ähnlich den USA die Verbraucherrechte mit der Möglichkeit von Sammelklagen endlich auf andere Füße zu stellen?**

VI) Mehr Transparenz in der Kommunalpolitik, gegen Geheimniskrämerei

- ◆ **Werden Sie im Landtag die demokratieschädliche Geheimniskrämerei zu Gutachten, Verträgen etc. durch die Kommunen einzudämmen versuchen? Wenn ja, wie?**
 ◆ **Wird Ihre Partei städtische GmbH's auf den Prüfstand stellen und nach Möglichkeit deren Existenz und kommunale Handlungsmöglichkeiten begrenzen und einschränken? Wenn ja, wie?**

VII) Zu Gebührenwillkür und mehr Schutz vor kommunalen Abzockereien

Spätestens mit der hohen Verschuldung vieler Kommunen hat vielerorts die Praxis der Erhebung kommunaler Abgaben und Gebühren Züge der reinen Abzockerei angenommen. Häufig nutzen die Behörden Gesetzeslücken oder –unschärfen, um ihre Bürger zur Kasse bitten zu können. Die Stadt Mülheim z.B. fahndet seit Jahren nach Hinterliegerbuchgrundstücken, um dann gleich auf Jahre zurück Straßenreinigungsgebühren zu erheben, oft für Grundstücke, die für die erbrachte Leistung zu 100% irrelevant sind. Oder sie verlangt für die Luxussanierung mit tiefen Frostschutzschichten fast unbefahrener Nebensträßchen irrwitzig hohe Anliegerbeiträge, ähnliches bei Kanalerneuerung. Nicht vermittelbar sind auch Erschließungskosten nach 30 oder mehr Jahren. *Der gesetzlich vorgegebene Grundsatz, dass die Beiträge etwa zu Straßen- oder Kanalerneuerung dem Anlieger „wirtschaftliche Vorteile“ verschaffen sollen, ist selbst vor Gericht häufig zur hohlen Phrase verkommen, weil jede Maßnahme als solche als Vorteil definiert wird unabhängig von jedem real nachweisbaren Vor- oder Nachteil.*

Auch die Berechnung von Straßen- oder Kanalschließungsgebühren nach Gesamtfläche führt öfter zu Ungerechtigkeiten, etwa wenn ein Grundstück an 2 oder 3 Straßen grenzt, die Beiträge damit 2 oder 3mal für das Gesamtgrundstück ermittelt werden, was u.a. bei Eigentümergemeinschaften häufiger vorkommt.

Ähnlich verhält es sich mit dem gesetzlich vorgegebenen *Prinzip der Kostendeckung bei der Ermittlung der kommunalen Zwangsgebühren für Müllabfuhr, Straßenreinigung und Abwasserbeseitigung*. Wenn die Stadt Mülheim z.B. Überschüsse aus den Abwassergebühren in den städtischen Haushalt überführte, so ist das real ein massiver Verstoß gegen kostendeckende Gebühren, doch lässt das unscharfe Kommunale Abgabengesetz (KAG) eine Interpretation etwa durch die Verwaltungsgerichte zu, die diesen eklatanten Widerspruch auch noch rechtfertigt.

- **Werden Sie insbesondere eine Überarbeitung und Präzisierung des KAG in Angriff nehmen, u.a. in Bezug auf alle o.g. Beispiele?**

VIII) Zu Fracking, CO-Pipeline und Energiewende

- ◆ **Werden Sie mithelfen, die Inbetriebnahme der CO-Giftgas-Pipeline von Bayer zwischen Dormagen und Ürdingen endlich ganz zu verbieten?**
- ◆ **Werden Sie mithelfen, dass in NRW fracking zur „unkonventionellen Gasförderung“ gänzlich untersagt wird und im Bundesrat sich dafür einsetzen, dass dies, soweit nur irgend möglich, auch in ganz Deutschland bzw. EU-weit geschieht?**
- ◆ **Welche grundsätzlichen Positionen hat Ihre Partei in NRW zu weiteren Kohlekraftwerken, u.a. in Datteln, zur Solarförderung, zum Bau neuer Autobahnabschnitte und zur ÖPNV-Zukunft, insbesondere in Städten und Ballungsgebieten? Wie steht sie zu Stilllegungen von Straßenbahnlinien und Ersatz durch Busse, wie in Mülheim geplant?**

IX) Privatisierung, (Re-)Kommunalisierung und PPP-Projekte

Wie steht Ihre Partei im einzelnen zu folgenden Forderungen?

- **Keine weitere Privatisierung bei den kommunalen Pflichtaufgaben Müll, Straßenreinigung, Wasser, Abwasser, Schulen, ÖPNV, Straßen usw., insbesondere nicht über PPP-Modelle. Striktes Verbot jeglicher PPP-Projekten im Sicherheitsbereich bei Feuerwehr, Polizei und Gefängnissen.**
- **Offenlegung aller bisherigen PPP-Verträge und wo immer möglich und finanziell vertretbar, vorzeitige Beendigung bestehender PPP-Verträge.**
- **„Forfaitierung mit Einredevorzicht“ bei kommunalen PPP-Projekten muss gesetzlich vom haftenden Land grundsätzlich untersagt werden. Der Gesetzgeber hat zudem eindeutige Kriterien zu erlassen, die u.a. eine zeitliche Höchstdauer von höchstens 10 Jahren vorschreibt. Die bisherige sog. „taskforce“ des Landes NRW für PPP-Projekte muss aufgelöst werden.**
- **Alle Möglichkeiten für (Re-)Kommunalisierung der teil- oder ganz privatisierten Bereiche der Ver- und Entsorgung müssen ausgelotet werden, insbesondere für das Ruhrgebiet zusätzlich mit städteübergreifenden und damit zukunftsweisenderen Modellen.**
- **Die Kartellbehörden beim Wirtschafts-Ministerium, welche Gas-, Wasser- und Strompreise kontrollieren, muss klarer definierte Auflagen und Kompetenzen erhalten, um die Preise der Versorger begrenzen zu können. Preise und Gebühren in Richtung verbrauchsunabhängigere flatrates, d.h. Erhöhung des Anteils der Grundgebühr auf durchschnittlich über 30% oder gar mehr, sollten gesetzlich untersagt werden, sowohl für Wasser (wie von der RWE-Tochter RWW ab Jan. mit 50% eingeführt), als auch für Strom und Gas**

X.) Zur kommunalen Finanzkrise und Finanzhoheit in NRW

Das Land haftet für jede seiner Kommunen. Insbesondere die Städte des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes sind hoffnungslos verschuldet. Nach einer Studie von Prof. Bloetevogel zur Stadt Hagen liegt der Anteil der Selbstverschuldung bei ca. 60%. Die Stadt **Mülheim** z.B., Heimatstadt der Ministerpräsidentin Kraft und der beiden Sprecher des Städtebündnisses von 27 hoch verschuldeten NRW-Städten „Raus aus den Schulden“, Frau OB Mühlenfeld und Kämmerer Herr Bonan, hat mit seinen 165.000 Einwohnern nach Düsseldorf zwar eines der höchsten NRW-Pro-Kopf-Einkommen, ist aber strukturell noch hoffnungsloser verschuldet als selbst Essen oder Duisburg, bei wohl noch höherem Eigenanteil als Hagen. **Ende 2010 betrug der Schuldenstand 1,3 Mrd. • offizielle Schulden, 2011 wurden mind. 605 Mio. • Kassenkredite benötigt bei 450 Mio. • Gesamteinnahmen** und vor allem wurden diverse Großprojekte in Serie über PPP oder PPP-ähnliche Konstruktionen **fast alle umwegfinanziert, gänzlich am Haushalt vorbei! Die Vorleistungen für das Haupt-Prestigeprojekt Ruhrbania sind zudem gigantisch**, die Ergebnisse auch nach Jahren mehr als mager und auf die Innenstadt bezogen, sogar selbstmörderisch. Da Mülheim nicht zuletzt wegen der bilanzverfälschenden Umwegfinanzierungen nicht in die Liste der extrem verschuldeten Städte als Nehmerstadt beim sog. „Stärkungspakt Kommunalfinzen“ aufgenommen werden konnte, hat nun der Kämmerer einfach die bilanzielle Überschuldung um Jahre vorverlegt.

Die Landesregierung hat im letzten Jahr den Zeitraum, innerhalb dessen ein Kämmerer einen Haushaltsausgleich herbeiführen soll, von 4 auf 10 Jahre verlängert. Das hat aber weder die Haushaltsdisziplin, noch die Haushaltswahrheit und -klarheit befördert, im Gegenteil. Nun können auch hoffnungslos überschuldete Städte weitermachen wie gehabt, wenn sie nur bis 2021 auf dem Papier einen virtuellen Ausgleich erzeugen. Ernst gemeinte Sparprogramme und Haushaltssicherungskonzepte können so auf 2020/21 verschoben werden, ohne dass eine Kommunalaufsicht tätig werden kann oder muss.

Zum gesamten Komplex der zerrütteten kommunalen Finanzen folgende Fragen:

- ◆ **Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, Zins-, Währungs- und andere Spekulationen durch Kommunen zukünftig gesetzlich vom Land zu untersagen? Wenn ja, wie schnell?**
- ◆ **Was gedenken Sie zu unternehmen, um mehr Transparenz in die bereits getätigten spekulativen Aktivitäten von Kommunen zu bringen, Risiko und Schäden zu reduzieren sowie Verantwortliche zum Schadensersatz verpflichten zu können?**
- ◆ **Wird Ihre Partei Bilanzierungstricks und „kreative“ Buchführung etwa von hoch verschuldeten Kommunen in Zukunft zu unterbinden versuchen? Wenn ja, wie? Welche präzisierten Regularien werden Sie dafür den Finanzaufsichtsbehörden an die Hand geben? Wie gedenken Sie, nachgewiesene Verstöße zu ahnden?**
- ◆ **Wie gedenkt Ihre Partei speziell mit den Umwegfinanzierungen in Zukunft umzugehen?**
- ◆ **Wie ist die Haltung Ihrer Partei zum „Stärkungspakt Kommunalfinzen“ der bisherigen Landesregierung? Wollen und werden Sie ggfs. die Kriterien ändern? Wenn ja, wie? Wie wollen Sie ggfs. die Milliarden • gegenfinanzieren, die dafür benötigt würden?**
- ◆ **Was halten Sie von einem Schuldenschnitt für die überverschuldeten Kommunen? Wenn Sie das befürworten, wie könnte es bewerkstelligt werden? Welche Szenarien hat Ihre Partei dafür bisher untersucht bzw. aufgestellt?**
- ◆ **Wird Ihre Partei den Zeitraum zum vorgeschriebenen Haushaltsausgleich wieder auf 4 Jahre verkürzen und jede Kommune verpflichten, bei Nichterfüllung Haushaltssicherungskonzepte vorzulegen?**
- ◆ **Welche Kompetenzen und Einwirkungsmöglichkeiten soll die Kommunalaufsicht, gleich ob RP oder beim Ministerium, in Zukunft haben, damit das Land seine Kommunen auch zu mehr Haushaltsdisziplin zwingen kann?**
- ◆ **Wie sieht Ihr Konzept für den Fall der Insolvenz einer Kommune aus?**
- ◆ **Was wird Ihre Partei unternehmen, um insbesondere im Ruhrgebiet und im Bergischen die dringend erforderliche interkommunale Zusammenarbeit aus dem Bereich von Sonntagsreden und Absichtserklärungen heraus zu befördern? Welche Vorschriften und Gesetze wird Ihre Partei in Angriff nehmen, um dafür auch die bestehende kommunale Planungs- und Finanzhoheit einzuschränken?**

- ◆ **Wie werden Sie mit den oft ruinösen „Leuchtturm“-projekten (siehe auch Vorwort) insbesondere hoch verschuldeter Kommunen umgehen? Werden Sie die Landesgelder kürzen oder streichen, wenn städtebauliche und/oder finanzielle Probleme erkennbar werden?**

M ü l h e i m e r B ü r g e r - I n i t i a t i v e n

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Schlaglichter aus der Realität des Wahlkreises der bodenständigen Ministerpräsidentin Kraft

Am Samstag, dem 14.4.12, eröffnete Frau Kraft in ihrem Wahlkreis und Heimatort Mülheim den SPD-Landtagswahlkampf zusammen mit Berlins Wowereit und Frau Mühlenfeld sowie Herrn Wiechering als Lokalmatadoren auf der Bühne vor dem Forum. Großer Medientross, viele rote Luftballons als SPD- Herzen und Aufbruchstimmung bei den Genossen.



Die SPD bevölkerte mit 5 großen Infoständen sogar die ansonsten eher entvölkerte Schlosstr. endlich wieder mehr. Wowereit's Bekenntnis zum Soli, Frau Kraft's und Frau Mühlenfeld's Beschwichtigungen zur Haushaltskatastrophe uswusf., Wahlkampf Hinter den Lauschern vor der Wowereit/Kraft-Bühne neben dem großen SPD-Stand alleine 4 große Zelte mit weiteren Infos zum Bürgerentscheid für den Erhalt der Hauptschule Bruchstr.: Das angebliche „Bündnis für Bildung“, welches aber nur diese Schule mit kaum noch Anmeldungen als Bildung meint, dann die WirLinken, die NurLinken und die Nur-WIR inkl. MLPD. Na denn, wenn das nichts wird mit dem Bürgerentscheid, bei derart massivem Auftreten und trotz Irreführung und Verwirrung zur Entscheidungsfrage am 22.4. . Mehr dazu in **„Bauernfängerei und Irreführung zum Bürgerentscheid? Selbst Hannelore Kraft-voll irreführt“?** Unabhängig von dem Kraft-Wahlkampfstart und dem großen Ablenkungsmanöver mit der Androhung des Untergangs von Eppinghofen ohne die am Rande gelegene Hauptschule war die restliche Realität in der Kraft-Stadt zuletzt ziemlich bitter für die Mülheimer/innen. Hier wenige ausgesuchte Schlaglichter der letzten Tage:

Ende März fand eine ganze Woche Bürgerbeteiligung als **„charrette“ zur Zukunft des leeren Kaufhofs** statt, durchgeführt von einem Weimarer Prof. mit seinen Studenten und finanziert vom Ramsauer-Ministerium in Berlin.. Hochgelobt wurden die 450 Bürgervorschläge zu Kaufhof und Innenstadt. Nun dämpfte der Immobilienbesitzer Hoffmeister bereits in der Woche nach Ostern alle Pläne drastisch. Zwischennutzung sei u.a. wegen der hohen Versicherungsbeiträge nicht möglich. Dieser Flop kam sehr, sehr schnell!

Am 23. April findet der nächste Umweltausschuss statt. **Thema zum x-ten Male das unsägliche Skandal-Fallwerk Jost an der Weseler Str. am Rande der Wohngebiete von Hofacker- und Eltener Str.** Und siehe da: Der RP wird wieder nicht erscheinen. Im Okt. hatte die Behörde um viele Monate verspätet einen Vertrag mit dem massiv störenden Betrieb mit seinen enormen Umweltbelastungen vorgestellt, der Im Nov. hatte der UA auf MBI-Antrag hin einstimmig beschlossen, den RP zur Dez.-Sitzung dazu zu laden. Der kniff 2 Tage vor der Sitzung. Im Feb. hatte man angeblich vergessen, ordnungsgemäß zu laden und nun irgendwie urlaubsbedingt oder wer weiß ... Im Volksmund heißt das Vera

Am Fr., dem 13., hatte die Stadt Berufung gegen das Gerichtsurteil eingelegt, der WAZ das interne **Gutachten zu den Verantwortlichkeiten der Millionenverluste durch Zinswetten** zeigen zu müssen. Eine unerhörte **Geheimniskrämerei und ein Vertuschungsversuch!**

Am So., dem 15.4., endete die Frist für Eingaben zur Auslegung der trotz OVG-Urteils nur marginal geänderten Pläne des U 17 „**Honigsberger Str./Fünterweg**“, vom **OVG für nichtig erklärt!** Die Auslegung hauptsächlich in den Ferien wurde nirgends angekündigt! Es geht bei dem höchst strittigen U 17 auch um Enteignungen! Doch der MWB will bedient werden.

Gleichzeitig begann auch die Auslegung des Bebauungsplans Hardenbergstr. für den 13 Mio. teuren, geplanten **neuen Luxus-Sportplatzes in Heißen**, obwohl die Zulässigkeit der Finanzierung über den Verkauf von 4 Sportplätzen genausowenig geklärt ist wie die Frage, ob der Styrumer van der Tann-Platz für die Schulen nicht sogar erhalten werden muss, also nicht verkauft werden darf. Ach ja, *nur am Rande: Herr Mühlenfeld ist Vorsitzender eines der beiden Vereine, für den das gnadenlos durchgezogen werden soll. Und die Fam. Mühlenfeld wohnt direkt neben dem RSV-Platz, der dann zu weniger störenden Wohngebiet mit ruhigen Einfamilienhäusern umgewidmet werden soll.* Der RP prüft seit dreiviertel Jahr und kann nicht herausfinden, ob das ganze erlaubt ist, obwohl es eindeutig den Bestimmungen widerspricht! Stört aber in Mülheim nicht, wird schon mal alles umgesetzt.

Mit Beginn der Osterferien wurde dann noch der Flughafenast der Straßenbahnlinie 104 bereits im Vorgriff auf den geplanten Beschluss dazu von SPD und CDU am 19.4. im Ausschuss für Wirtschaft und Mobilität stillgelegt. Dazu in der Mülheimer Wochen: „Auf Nachfrage der MW erklärte Jennifer Spitzner von der Pressestelle der Bezirksregierung Düsseldorf, dass „der Teilabschnitt der 104 vom Hauptfriedhof bis Flughafen so nicht zurückgebaut werden kann. Er muss so schnell wie möglich instand gesetzt und als Straßenbahn wieder in Betrieb genommen werden.“ **Mit anderen Worten: Das ÖPNV-„Optimierungs“konzept der Stadt Mülheim, das SPD+CDU auch noch beschließen wollen, ist völlig unausgegoren und im Sinne der Energiewende ohnehin auch noch grottenfalsch.**

Zur Erinnerung: Der 1. Versuch u.a. mit Abkappen der Endäste der 102 war im Jan. letzten Jahres trotz 1jährigem Vorlauf bereits gescheitert, bevor er im Ausschuss behandelt werden konnte. Dafür wurde dann ein neuer Anlauf, aber mit Beteiligung der Bürger, beschlossen. Bis Okt. aber gab es nur 3 neue Gutachten für 230.000 • und etliche informelle Geheimtreffen. Weil eines der Geheimgutachten zur WAZ gelangt war, stellte die Stadt Strafanzeige wg. Geheimnisverrats, die aber wegen Informantenschutz im Sande verlief. Im Okt. stellte die Stadt ihr Konzept mit Bus statt Bahn vor, was aber wegen der später angesetzten Bürgerversammlungen in keinem Gremium beraten oder gar beschlossen werden konnte. In der nächsten Sitzungsfolge legte die Verwaltung dar, warum weder von den vielen Bürgervorschlägen, noch von denen der MBI, der Grünen und der Piraten etwas umgesetzt werden sollte. Große Ratlosigkeit folgte und Treffen der Fraktionen inkl. Piraten, um dem Desaster noch etwas entgegenzusetzen zu können. Dann im März urplötzlich der Antrag von SPD+CDU, die Verwaltungsvorschläge zum großen Teil doch beschließen zu wollen. Anfang April die vorgezogene erste Stilllegung mit fadenscheiniger Begründung. Und dann ist ja auch noch das gesamte Problem der Rückzahlung vieler Millionen Fördermittel bei StraBa-Stilllegung. **Peinlich und blamabel alles. (Wenn Berlin bezahlt, kann ja ein Leipziger oder Husumer Professor demnächst auch zum ÖPNV in Mülheim „charrettieren“ oder?) Eigentlich hat ÖPNV irgendwas mit öffentlich zu tun, was in der Stadt der Geheimniskrämerei noch nicht ganz erkannt scheint.**

Mülheim ist auch Heimatstadt der Sprecher des Städtebündnisses von 27 hoch verschuldeten NRW-Städten „**Raus aus den Schulden**“, Frau OB Mühlenfeld und ihr Kämmerer Herr Bonan. Mit seinen 165.000 Einwohnern hat Mülheim nach Düsseldorf zwar eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen in NRW, ist aber strukturell hoffnungslos verschuldet. Ende 2010 betrug der **Schuldenstand ganze 1,3 Mrd. • offizielle Schulden, 2011 wurden mind. 605 Mio. • Kassenkredite benötigt bei 450 Mio. • Gesamteinnahmen** und vor allem wurden diverse Großprojekte in Serie über **PPP oder PPP-ähnliche Konstruktionen fast alle umwegfinanziert**, gänzlich am Haushalt vorbei! Die Vorleistungen für Ruhrbania sind zudem gigantisch.

Da Mülheim wegen der bilanzverfälschenden Umwegfinanzierungen nicht in die Liste der extrem verschuldeten Städte als Nehmerstadt beim sog. „Stärkungspakt Kommunalfinzen“ aufgenommen werden konnte, hat nun der Kämmerer die bilanzielle Überschuldung um Jahre vorverlegt und bewarb sich damit Anfang April für die Landesmillionen. Ein Problem der „perversen“ Art? Doch wen juckt es, wenn in Kürze unsere Hannelore nicht-mehr-nur-Minder-heitschefin von NRW ist!

Wenn sie nur ihre Mölmsche Heimatstadt nicht am Bein hätte?